



22.3021

Motion WAK-N.

Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie

Motion CER-N.

Garantir l'égalité de traitement pour les établissements urbains du secteur de l'hébergement

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.06.22

Antrag der Mehrheit

Annahme der Motion

Antrag der Minderheit

(Aeschi Thomas, Burgherr, Dettling, Steinemann, Tuena)

Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Aeschi Thomas, Burgherr, Dettling, Steinemann, Tuena)

Rejeter la motion

Schneeberger Daniela (RL, BL), für die Kommission: An ihrer Sitzung vom 21. Februar 2022 hat Ihre WAK die nun traktandierte Motion behandelt. Um was geht es?

Seit der Annahme der Tourismusstrategie im November 2021 arbeitet das WBF an der Weiterentwicklung der Tourismuspolitik für die nächste Legislatur. Das SECO revidiert zurzeit die Aufgaben der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH). Gemäss dem Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft dürfen aktuell nur Darlehen an Beherbergungsbetriebe gewährt werden, wenn diese in einem Fremdenverkehrsgebiet oder in einem Badekurort liegen. Das heisst konkret, dass Hotels in Grossstädten, z. B. in Zürich, Genf, Bern oder Lausanne, oder in deren Agglomerationen kein Darlehen der SGH beziehen können. Das Gesetz präzisiert: "Fremdenverkehrsgebiete sind Gebiete und Ortschaften, in denen der Fremdenverkehr von wesentlicher Bedeutung ist und erheblichen saisonalen Schwankungen unterliegt."

Diese Definition entspricht nicht mehr der Realität des Marktes in den Grossstädten. Die städtische Individualhotellerie steht vor den gleichen Herausforderungen in Form von Eigenkapitallücken wie Betriebe im SGH-Förderperimeter. Diese Herausforderungen werden in den Städten durch andere Faktoren als in den alpinen Regionen hervorgerufen, z. B. durch den Anlagedruck: Die Hotellerie in City-Lagen leidet unter dem Anlagedruck bei den Immobilien, denn institutionelle Anleger investieren auch in renditeschwache Immobilien, vor allem in den Städten. Herausforderungen entstehen z. B. auch durch Ratings sowie durch Finanzierungsgrundlagen: Individualhoteliers bekommen von den Banken nur Fremdmittel auf den Ertragswert des Hotels. Die Anforderungen hierfür sind merklich gestiegen. So gewichten selbst die lokalen Banken die Risiken im Tourismus neu viel höher. Die

AB 2022 N 1064 / BO 2022 N 1064

Kreditbereitschaft ist nach Rückmeldungen der städtischen Hotellerie gesunken.

Individualbetriebe sind auf Unterstützung angewiesen. Das Ziel ist es, eine Definition auszuarbeiten, damit





genau diese Betriebe und keine internationalen Grosskonzerne Darlehen erhalten können. Diese Definition kann von der Bundesverwaltung und der Branche gemeinsam erarbeitet werden.

Mit dieser Kommissionsmotion können wir eine Erweiterung des SGH-Perimeters beschliessen. Dabei werden nur marktfähige Betriebe von Darlehen profitieren können. Es wird also kein Strukturverlust betrieben! Es sind Darlehen und keine A-Fonds-perdu-Beiträge. Die SGH ist ausserdem verpflichtet, eigenwirtschaftlich zu sein. Das Risiko für den Bund wird also maximal reduziert, auch wenn der Bund eine Erhöhung des an die SGH gewährten Darlehens vornehmen muss.

Die Erweiterung des SGH-Perimeters soll keinesfalls einen Streit zwischen Stadt und Land auslösen. Die Hauptfördergebiete sind nach wie vor Graubünden, Wallis und weitere klassische Feriendestinationen. Der Bundesrat kann gemäss dem Auftrag für die Gleichbehandlung von Stadt und Land sorgen. In der Tourismusstrategie schreibt der Bundesrat, dass er zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Infrastrukturen beitragen möchte. Er spricht auch von der Wiederbelebung des Städte- und des Geschäftstourismus, die er unterstützen möchte, da sie insbesondere in der Corona-Krise sehr stark gelitten haben. Also wäre dies ein Instrument dazu.

Die Mehrheit der Kommission kann die Argumentation nachvollziehen und findet, dass die Städte stärker ins Blickfeld genommen werden müssen. Der Städtetourismus habe in den vergangenen Jahren am meisten gelitten. Einerseits fülle diese Motion eine Lücke in der Strategie des Bundesrates, andererseits handle es sich hier um ein besonders verhältnismässiges Instrument, weil die Gelder wirtschaftlich investiert und nicht à fonds perdu verteilt würden.

Die Minderheit werden Sie ja noch hören.

Die Kommission bittet Sie mit 17 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Motion zuzustimmen.

Aeschi Thomas (V, ZG): Die Kommissionssprecherin hat jetzt grosszügig die Meinung der Minderheit verschwiegen. Gerne erläutere ich Ihnen, was die Meinung der Minderheit ist.

Diese Motion bezieht sich auf das Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft vom 20. Juni 2003. Wir haben dort in Artikel 1 den Grundsatz geregelt, dass der Bund die Gewährung von Krediten für die Beherbergungswirtschaft fördert. In Absatz 2 steht: "Er unterstützt zu diesem Zwecke die Tätigkeit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit mit Sitz in Zürich." Das steht so im Gesetz. In Artikel 5 steht weiter, dass die Gewährung von Darlehen auf Betriebe in Fremdenverkehrsgebieten und in Badekurorten beschränkt ist. Diese befinden sich hauptsächlich in den Kantonen Wallis, Graubünden und Bern und in einigen weiteren Bergregionen. In Artikel 15 finden Sie schliesslich die Steuerbefreiung: "Die Gesellschaft ist von den Einkommens- und Vermögenssteuern befreit." Das ist, ganz kurz zusammengefasst, dieses 21 Artikel umfassende Bundesgesetz, das Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger im Jahr 2003 geschaffen haben.

Was möchte nun die Kommissionsmehrheit? Die Kommissionsmehrheit möchte diesen Förderperimeter, der jetzt ganz klar auf die Berggebiete begrenzt ist, auf Städte wie Basel, Zürich, Bern, Genf und weitere ausweiten. Sie können sich sehr gut vorstellen, was das für diese Gesellschaft bedeutet. In dieser Gesellschaft werden die Bergregionen massivst unter Druck kommen, wenn dort plötzlich die grossen Städte mit ihren grossen Hotelprojekten Kredite beantragen.

Selbstverständlich steht in der Begründung der Motion geschrieben: "Eine Erweiterung des Perimeters darf aber nicht auf Kosten der Berg- und ländlichen Beherbergungsbetriebe realisiert werden." Aber in der Praxis wird genau das passieren, denn es wird viel mehr Eingaben, viel mehr grössere Projekte aus städtischen Gebieten geben. Das heisst, wenn der Bund hier die finanziellen Mittel nicht massiv erhöht, werden entsprechend die ländlichen Gebiete unter Druck kommen.

Eine weitere Präzisierung, die ebenfalls in der Begründung der Motion steht, lautet: "Es sollen nur Individualbetriebe (Familienbetriebe) [...] profitieren können." Das führt doch zu einigen Problemen. Im heutigen Gesetz gibt es diese Einschränkung nicht. Sie sagen jetzt, in den Bergregionen können alle profitieren, aber in den städtischen Regionen nur die Familienbetriebe. Ja, was ist genau die Definition eines Familienbetriebs? Gilt eine Aktiengesellschaft, bei der 51 Prozent der Aktien im Eigentum einer Familie sind, noch als Familienbetrieb oder nicht? Sie sehen also, Sie schaffen hier ganz neue Abgrenzungsschwierigkeiten. Sie müssten Definitionen finden, die auf Gesetzesebene nicht ganz einfach umzusetzen sind.

Ich bitte Sie entsprechend, diese Motion abzulehnen und damit die Berggebiete zu schützen, damit sie nicht wegen der grossen Hotelprojekte in den Städten unter Druck kommen.

Paganini Nicolo (M-E, SG): Geschätzter Herr Kollege Aeschi, Sie haben jetzt gesagt, dass Sie die Berghotellerie schützen möchten. Trifft es aber nicht zu, dass gemäss Wortlaut der Motion eben vorgesehen ist und gefordert wird, dass die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit mit den nötigen – implizit: mit zusätzlichen



– Ressourcen auszurüsten sei?

Aeschi Thomas (V, ZG): Das habe ich erwähnt, Herr Paganini, es ist richtig; in der Begründung steht: "Eine Erweiterung des Perimeters darf aber nicht auf Kosten der Berg- und ländlichen Beherbergungsbetriebe realisiert werden." Was ich aber auch ausgeführt habe, ist, dass natürlich die Mittel weiterhin begrenzt sein werden – sie werden nicht unbegrenzt sein – und dass wegen der grossen und sehr zahlreichen Hotelprojekte in den Städten natürlich die kleineren Projekte in den Bergen unter Druck kommen werden.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: La motion de la Commission de l'économie et des redevances de votre conseil vise à élargir le périmètre de promotion financière de la Société suisse de crédit hôtelier aux entreprises familiales ou individuelles de l'hôtellerie dans les grandes villes, telles que, par exemple, Zurich ou Genève.

Au nom du Conseil fédéral, je vous propose de rejeter cette motion, et ce pour plusieurs raisons.

Premièrement, les études menées par des experts mandatés par le SECO montrent qu'il n'y a pas de lacune de financement dans les grandes villes. Le recul actuel est temporaire.

Deuxièmement, les défis des grandes villes ne sont absolument pas comparables à ceux des régions rurales ou de montagne, qui dépendent beaucoup plus du tourisme et des saisons.

Troisièmement, différencier les hôtels par type de propriétaire, cela va inévitablement poser des problèmes de délimitation et créer une inégalité et des distorsions de concurrence que la Confédération ne peut en tout cas pas encourager.

Quatrièmement, l'hôtellerie, dans les grandes villes, a pu largement compter sur les mesures Covid et elle bénéficie fortement du programme de relance pour le tourisme suisse durant les années 2022 à 2026. Enfin, soutenir la redynamisation du tourisme urbain est l'une des priorités fixées dans la nouvelle stratégie touristique de la Confédération. Permettez-moi de détailler ces arguments.

Selon la CER-N, l'hôtellerie urbaine serait confrontée aux mêmes défis que les établissements d'hébergement dans les régions rurales et de montagne. Le Conseil fédéral n'est pas de cet avis. Les travaux de fond effectués par le SECO n'ont pas montré de lacune dans le financement des investissements dans le secteur de l'hébergement en milieu urbain. Les conditions-cadres dans les grandes villes sont de manière générale très attrayantes, notamment en ce qui concerne le marché immobilier, le tourisme à l'année, le potentiel de main-d'œuvre et les perspectives à moyen et long terme. Il est donc légitime de supposer qu'un éventuel recul de la capacité d'investissement dans l'hôtellerie en milieu urbain, du fait du coronavirus, est de nature temporaire.

AB 2022 N 1065 / BO 2022 N 1065

La capacité d'investissement à moyen et à long terme n'est pas remise en cause. C'est pourquoi le Conseil fédéral est également d'avis que le périmètre de la Société suisse de crédit hôtelier (SCH) ne devrait pas être étendu aux grandes villes.

Pour l'inclusion dans le périmètre, les critères suivants s'appliquent: la cohérence des espaces partiels, c'est-à-dire pas de communes individuelles; la preuve par les cantons d'une saisonnalité marquée de la demande touristique; la preuve d'une intensité touristique élevée.

Certes, l'intensité touristique a augmenté dans les villes. Celles-ci sont aussi affectées par une certaine saisonnalité. Mais cela n'a absolument rien à voir et rien de comparable avec ce qui se passe dans les régions rurales et les régions de montagne. L'intensité touristique mesurée en nombre de nuitées par rapport à la population résidente est quasiment deux fois plus forte à l'intérieur du périmètre de la SCH qu'en dehors. Cela démontre que le tourisme est un secteur économique clé dans le périmètre de promotion. Dans les villes, l'importance du tourisme dans l'économie globale est plus faible et de nombreuses possibilités d'emplois alternatifs existent. En outre, la saisonnalité est plus d'une fois et demi plus importante à l'intérieur du périmètre de la SCH qu'en dehors. Et même si elle existe, la saisonnalité reste nettement moins marquée dans les grandes villes. Le chiffre d'affaires des entreprises urbaines est donc réparti de manière nettement plus régulière sur toute l'année.

C'est précisément cette saisonnalité qui constitue un obstacle majeur aux investissements dans le secteur de l'hébergement, comme le montrent les études mandatées par le SECO ainsi qu'un rapport de l'OCDE.

Enfin, la délimitation de la promotion aux établissements d'hébergement individuel et aux hôtels familiaux dans les grandes villes pose problème. Ces termes soulèvent des questions de définition et de délimitation. En outre, aujourd'hui, la SCH exerce ses activités de financement indépendamment de la propriété des établissements d'hébergement. Ainsi, les entreprises gérées par leur propriétaire, les entreprises louées, les chaînes d'hôtel avec un modèle de franchise, etc. sont encouragées par la SCH.

Cette approche ne devrait pas être remise en cause. Toute exclusion d'établissement serait fortement discri-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2022 • Achte Sitzung • 09.06.22 • 08h00 • 22.3021
Conseil national • Session d'été 2022 • Huitième séance • 09.06.22 • 08h00 • 22.3021



minatoire, entraînerait des distorsions de concurrence et porterait atteinte aux structures mêmes du secteur. La Confédération ne peut et ne doit pas encourager cela.

Pour toutes ces raisons, au nom du Conseil fédéral, je vous propose de rejeter cette motion.

Präsident (Candinas Martin, erster Vizepräsident): Die Mehrheit beantragt, die Motion anzunehmen. Eine Minderheit Aeschi Thomas und der Bundesrat beantragen, die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3021/25156)

Für Annahme der Motion ... 129 Stimmen

Dagegen ... 49 Stimmen

(4 Enthaltungen)

